

## Liberaler Populismus? Das politische Denken der US-amerikanischen Populisten im ausgehenden 19. Jahrhundert und die „liberal tradition“

Die politische Ideengeschichte der USA wird hierzulande noch immer vergleichsweise stiefmütterlich behandelt. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Mit Blick auf das politische Denken vor dem 20. Jahrhundert zeichnen sich die Vereinigten Staaten nicht dadurch aus, dass sie in größerer Zahl Denker und Denkerinnen hervorgebracht haben, die es hinsichtlich des Abstraktionsniveaus mit ihren europäischen Pendants aufnehmen können. Einen Hegel, so lässt sich zugespitzt formulieren, wird man in der Ahnengalerie der politischen Ideengeschichte Nordamerikas vergebens suchen. Anzutreffen sind vielmehr neben James Madison, Alexander Hamilton und John Jay auch John Adams, Thomas Jefferson, Martin Van Buren und John C. Calhoun sowie natürlich Frederick Douglass und Abraham Lincoln. Kurz, das politische Denken in den USA war bis ins 20. Jahrhundert hinein vor allem ein Denken, das dem politischen Engagement entsprang und direkt auf die politischen Entscheidungsprozesse zu wirken versuchte. Es ist somit ein praktisches Denken, das sich von der kontinentaleuropäischen politischen Theorie unterscheiden lässt. Wenngleich nicht immer trennscharf, so kann es über die prinzipielle Ausrichtung keine zwei Meinungen geben.<sup>1</sup>

Eine der wenigen bekannten Untersuchungen, die sich dessen ungeachtet der im deutschsprachigen Raum häufig vernachlässigten politischen Ideengeschichte der USA überblicksartig angenommen hat, ist Hans Vorländer's Studie über das politische Denken und die politische Kultur in den USA 1776–1920.<sup>2</sup> Im Anschluss an Louis Hartz' wirkmächtige These vom natürlichen Liberalismus,<sup>3</sup> der dem US-amerikanischen Nachdenken über Politik eigen sei, kommt Vorländer am Ende seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass der Liberalismus in den Vereinigten Staaten von Amerika seit den Tagen der Early Republic zwar nicht unangefochten geblieben, im politischen

1 Vgl. hierzu Robert McCloskey: American Political Thought and the Study of Politics. In: The American Political Science Review 51 (1957), 1, S. 115–129; Morton Frisch: The Architecture of American Political Theory. In: Ethics 65 (1955), 3, S. 181–191.

2 Vgl. Hans Vorländer: Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken und politische Kultur in den USA 1776–1920. Frankfurt a. M. 1997.

3 Louis Hartz: The Liberal Tradition in America. New York 1955.

Denken aber stets dominant, eben hegemonial gewesen sei. Wie es die Auseinandersetzung mit informierten und pointierten Gesamtdarstellungen in aller Regel mit sich bringt, wird es im Folgenden keineswegs darum gehen, diese These in Gänze zurückzuweisen, sondern darum, einen einzelnen Baustein daraus auf seine Tragfähigkeit hin zu prüfen. Namentlich halte ich Vorländer's Diskussion des Populismus im ausgehenden 19. Jahrhundert für zu einseitig. Vorländer's These zufolge, traten die Populisten in den späten 1870er Jahren an, gegen eine Pervertierung des ursprünglichen Liberalismus der US-amerikanischen Gründungsjahre aufzubegehren. Die „entscheidende soziale Ausformulierung“, so Vorländer, habe der Liberalismus unter den Präsidentschaften Thomas Jeffersons und Andrew Jacksons erhalten. Als soziale Vision kulminierte er in einer „Theorie einer klassenlosen Gesellschaft selbstständiger Agrarbürger, in der sich politische Freiheit, demokratische Beteiligung und ökonomische Selbstständigkeit mit der Aussicht auf wirtschaftliche Prosperität verbinden“.<sup>4</sup> Bereits mit dem Ende der Ära Jacksons, so Vorländer weiter, sei dieses Bild jedoch brüchig geworden, um dann im so genannten *Gilded Age* vollends zu einer „ökonomistische[n] Reduktionsform eines ursprünglich viel umfassenderen liberalen Gesellschaftsmodells“ zu verkommen, die nur der Rechtfertigung industrieller Entwicklungs- und Konzentrationsprozesse gedient habe.<sup>5</sup> Diese „Diskrepanz zwischen industriekapitalistischer Konzentration und sozialem Erwartungsmodell des klassischen, agrargesellschaftlichen Liberalismus führte dann [...] zu den Protesten der agrarischen Populisten“.<sup>6</sup> Die im Folgenden zu entfaltende These hält diese Charakterisierung des populistischen Protests für verkürzt. Den Populismus im ausgehenden 19. Jahrhundert in das Korsett der „liberal tradition“ (Louis Hartz) zu pressen, verkennet die Eigenheiten dieser politischen und geistigen Protestbewegung. Zwar ist nicht von der Hand zu weisen, dass Jefferson und Jackson den Populisten – wie vielen anderen auch – als rhetorische Referenzen dienten; der Populismus wich jedoch, wie zu zeigen sein wird, an entscheidenden Stellen von der normativen Vision eines Thomas Jefferson ab.

Um Vorländer's These von den Populisten als ideengeschichtlichen Wiegängern Jeffersons diskutieren zu können, werde ich mich in einem ersten Schritt dem politischen Denken des „Sage of Monticello“ zuwenden. In einem zweiten Schritt werde ich mit Hilfe neuerer Untersuchungen zum politischen Denken der Populisten sowie zentralen Quellentexten, auf die Vorländer selbst unglücklicherweise nicht zurückgreift, demonstrieren, dass diese Einordnung problematisch ist. Hierzu werden die Eckpfeiler der normati-

4 Vorländer: Hegemonialer Liberalismus (wie Anm. 2), S. 18.

5 Ebd., S. 19.

6 Ebd.

ven Vision Jeffersons mit den Thesen der Populisten kontrastiert. Ein im Jahr 2021 geschriebener Beitrag zum US-amerikanischen Populismus kommt schließlich kaum umhin, sich zumindest kursorisch dem zuzuwenden, was unter Umständen eines Tages als „Trumpismus“ in die Ideengeschichte eingehen wird. In einem abschließenden Ausblick werde ich mich diesem Thema annehmen.<sup>7</sup>

## I.

Dass Vorländers Diskussion des US-amerikanischen Populismus im ausgehenden 19. Jahrhundert nur unter Einbezug des politischen Denkens Thomas Jeffersons zu verstehen ist, wurzelt darin, dass es sich beim Populismus aus Vorländers Perspektive um „ein[en] Protest des klassischen Liberalismus jeffersonischer Prägung gegen die privaten Organisationstendenzen des Industriekapitalismus“ gehandelt habe.<sup>8</sup> „[R]ückwärtsgewandt“ sei er gewesen und habe lediglich „die Wiederherstellung der agrarischen und frühindustriellen Gesellschaft“ im Blick gehabt.<sup>9</sup> Kurz: Von der „politische[n] Vorstellungswelt Thomas Jeffersons“ hätten sich die Populisten laut Vorländer nicht lösen können.<sup>10</sup> Was aber hatte es mit dieser Ideenwelt auf sich?

Wenngleich es ein schwieriges Unterfangen ist, das vergleichsweise unsystematische Denken Jeffersons auf wenige Schlagworte herunterzubrechen, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass eine wesentliche Antriebsfeder seines intellektuellen und politischen Schaffens ein tiefsitzender Anti-Monarchismus war. Ihm entsprang Jeffersons dauerhaftes Eintreten für die politische und ökonomische Freiheit des Einzelnen und ein großes Misstrauen gegen jedwede Form staatlichen Dirigismus'. Dass er selbst in seiner Rolle als dritter Präsident der USA die verfassungsrechtlichen Grenzen exekutiver Vollmachten im Zuge des Louisiana Purchase im Jahre 1803 mehr als nur ausreizte, sollte dem nicht entgegengesetzt werden.<sup>11</sup> Zum einen sah sich Jefferson aufgrund eines engen zeitlichen Möglichkeitsfensters dazu genötigt, den Kauf des Louisiana-Territoriums von Frankreich ohne vorherige Zustimmung des Kongresses in die Wege zu leiten und wollte diese Handlung hiernach umgehend über einen Verfassungszusatz sanktionieren lassen.

7 Die folgenden Ausführungen basieren auf Tobias Müller: Die Wurzeln des Populismus. Eine Ideengeschichte in den USA des 19. Jahrhunderts. Bielefeld 2020.

8 Vorländer: Hegemonialer Liberalismus (wie Anm. 2), S. 149.

9 Ebd., S. 150.

10 Werner Heun: Die politische Vorstellungswelt Thomas Jeffersons. In: Historische Zeitschrift 258 (1994), S. 359–396.

11 Vgl. Garrett Ward Sheldon: The Political Philosophy of Thomas Jefferson. Baltimore 1991, S. 95–99.

Und zum anderen meinte er, durch die Vergrößerung des Staatsgebietes eine Zukunft des Landes auf den Weg bringen zu können, in der eine starke politische Zentralgewalt nicht vonnöten sei. Die einmalige Kompetenzübertretung sollte demnach einer dauerhaften Kompetenzausweitung vorbeugen helfen.

Dass es eines starken Staates für ein friedliches Zusammenleben nicht bedürfe, führte Jefferson auf die natürliche Moralität des Menschen zurück. Thomas Hobbes' Diktum vom Menschen, der dem Menschen angesichts der immanenten Sorge um Leib und Leben zum Wolf werde, hielt Jefferson für eine „humiliation to human nature“.<sup>12</sup> Statt sich in spekulativen Gedankenexperimenten zu ergehen, solle man sich lieber der sozialen Wirklichkeit zuwenden, um die dem Menschen gemäße politische Ordnung ausfindig zu machen. Dann sehe man, dass dies keineswegs die Monarchie sei, schon gar nicht die absolute. Vielmehr, so Jefferson, entspreche lediglich die Republik dem menschlichen Wesen. Beobachten lasse sich dies bereits bei den nordamerikanischen Ureinwohnern. „Our Indians“, so Jefferson, „are evidently in that state of nature which has passed the association of a single family; and not yet submitted to the authority of positive laws, or of any single acknowledged magistrate“.<sup>13</sup> Statt sich Gesetzen, Regierungen und sonstiger Zwangsgewalten zu unterwerfen, verließen sich die Indianer zur Organisation ihres Zusammenlebens lediglich auf „their manners, and that moral sense of right and wrong, which, like the sense of tasting and feeling, in every man makes part of his nature“.<sup>14</sup> Mit anderen Worten: Für Jefferson handelte es sich bei den Indianern um natürliche Republikaner, an denen demonstriert werden konnte, dass Gesellschaften keineswegs starker Regierungen bedürften, um dauerhaft zusammengehalten zu werden. Alles was es hierzu benötigte, war „the spontaneous expression of man's sociable nature“, wie Peter Onuf Jeffersons Gedankengang zusammenfasst.<sup>15</sup>

Nun waren die USA bereits vor der Westexpansion ein Flächenstaat und in diesem Sinne nur bedingt mit den Indianerstämmen zu vergleichen. Zwar bekundete Jefferson gegenüber seinem politischen Wegbegleiter und persönlichen Freund James Madison, dass er nicht sicher sei, ob Gesellschaften, die gänzlich ohne Regierungen auskämen, nicht im eigentlichen Sinne wünschenswert seien; gleichzeitig machte er sich über die Realisierbarkeit einer solchen normativen Vision in den Vereinigten Staaten zur Zeit der Early Re-

12 Brief an Francis W. Gilmer vom 7. Juni 1816. In: Joyce Appleby/Terence Ball (Hrsg.): Jefferson. Political Writings (PW). Cambridge 1999, S. 142–145, hier S. 143.

13 Ebd., S. 144.

14 Notes on the State of Virginia. In: Merrill Peterson (Hrsg.): Thomas Jefferson: Writings. New York 1984, S. 220.

15 Peter Onuf: „We Shall All Be Americans“. Thomas Jefferson and the Indians. In: Indiana Magazine of History 95 (1999), 2, S. 103–141.

public keine Illusionen. Schließlich müsse es nunmehr darum gehen, „to leave no authority existing not responsible to the people“.<sup>16</sup> Dies sei vor allem über eine radikale Föderalisierung der USA möglich. Der Staat sollte in kleinräumige Mini-Republiken, so genannte „wards“ unterteilt werden. „As Cato then concluded every speech with the words ‚Cartago delenda est‘, so do I every opinion, with the injunction, ‚divide counties into wards‘“.<sup>17</sup> Zwar lässt Jefferson die Leserschaft über die genaue Größe der *wards* im Unklaren. Angesichts der Forderung, dass es innerhalb der *wards* jedem Bürger möglich sein sollte, „[to] attend, when called on, and act in person“, ist aber nicht davon auszugehen, dass ihre räumliche und personelle Ausdehnung einen Zusammenschluss mehrerer Siedlungen übersteigen sollte.<sup>18</sup>

Einen der größten Vorzüge der *wards* erblickte Jefferson darin, dass sie der Bürgerschaft gestatteten, sich möglichst umfassend selbst zu verwalten. Illustrieren lässt sich dies beispielhaft mit Blick auf Jeffersons Konzept sozialer Fürsorge. Statt diese nämlich in die Hände übergeordneter Instanzen zu legen, plädierte er dafür, sie in die horizontale und kommunale Selbstverwaltung zu integrieren. Was ihm vorschwebte, war ein selbstorganisiertes Hilffssystem, das auf persönlichen Nahbeziehungen fußen und sowohl die individuelle Bedürftigkeit als auch die von der Allgemeinheit zu entrichtenden Beiträge prüfen respektive festlegen sollte. Es ging gerade nicht um Rationalisierung durch Bürokratisierung. Anstelle einer im Zweifelsfall nicht responsiven Zentralstelle, die ihre Forderungen unabhängig vom Einzelfall zu erheben hatte und deren Einnahmen und Ausgaben vor diesem Hintergrund immer der Hauch von Intransparenz umwehte, sollte im System der lokalen Armenfürsorge das Kollektiv über Bedarf und Kosten entscheiden.

Weiterhin wesentlich für Jeffersons politisches Denken waren die Mini-Republiken, weil sie als eine Art Schule der Bürgertugend fungierten. „[M]aking every citizen an acting member of the government“ sei der sicherste Weg, um jene affektiven Bande zwischen Individuum und Gemeinwesen zu knüpfen, derer es bedürfe, um anti-republikanischen Umsturzversuchen vorzubeugen.<sup>19</sup>

Die Kultivierung republikanischer Sitten und Bräuche hing in Jeffersons normativer Vision jedoch keineswegs ausschließlich an der politischen Organisation des Gemeinwesens. Essentiell war darüber hinaus eine ökonomische Struktur, die die Bürgertugenden nicht unterminierte. Jeffersons Eintreten für eine weitgehend agrarische und wenig industrialisierte Wirtschaft stellte dieser Lesart zufolge eine unmittelbare Konsequenz aus seinem politiktheoreti-

16 Brief an Isaac H. Tiffany vom 26. August 1816. In: PW (wie Anm. 12).

17 Brief an Joseph Cabell vom 2. Februar 1816. In: PW (wie Anm. 12), S. 206.

18 Brief an Samuel Kercheval vom 12. Juni 1816. In: Ebd., S. 213.

19 Brief an Joseph Cabell vom 2. Februar 1816. In: PW (wie Anm. 12), S. 206. Vgl. auch Brief an Dr. Thomas Cooper vom 10. September 1814. In: Ebd., S. 136–142.

schen Republikanismus dar. Für die damalige Zeit war dies keineswegs außergewöhnlich. Im 18. Jahrhundert handelte es sich bei Wirtschaftsfragen häufig auch um politische Angelegenheiten. „Before ‚economics’ achieved the dubious state of pure science“, so Drew R. McCoy, „it was not common practice to separate economics and ethics“.<sup>20</sup> Warum nun war Jefferson der Ansicht, dass der republikanischen Ordnung am ehesten eine agrarisch geprägte Wirtschaft entsprach?

Zunächst hing dies mit der klassischen Annahme zusammen, dass politische Unabhängigkeit die materielle voraussetze. Als „the chosen people of God“<sup>21</sup> bezeichnete Jefferson vor diesem Hintergrund die die eigene Scholle bearbeitenden Kleinbauern, weil diese aufgrund der Erzeugung der eigenen Lebensgrundlagen nicht Gefahr liefen, in ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten. Anders als der abhängig beschäftigte Arbeiter, der in der zeitgenössischen englischen Industrie immer häufiger wurde, war der *yeoman* vom volatilen Marktgeschehen und dem Kaufverhalten der Konsumenten zumindest teilweise unabhängig. Denn die reproduktionsnotwendigen Güter konnte er immerhin in Eigenregie herstellen. Diese Überlegungen erklären auch Jeffersons gleichwohl zögerliche Befürwortung des Manufakturwesens. Das verarbeitende Gewerbe sollte auch in den Vereinigten Staaten seinen Platz haben – allerdings keineswegs als eigenständiger Wirtschaftszweig, sondern als Nebentätigkeit im Rahmen einer agrarischen Lebensweise. Dabei sollte im Familienverband und auf die Subsistenz zielend produziert werden: „The Spinning Jenny and loom with the flying shuttle can be managed in a family; but nothing more complicated.“<sup>22</sup> Im internationalen Handel sollten die USA Jefferson zufolge weiterhin die Rolle der Kornkammer einnehmen. „While we have land to labor, then, let us never wish to see our citizens occupied at a workbench, or twirling a distaff.“<sup>23</sup>

Jeffersons Eintreten für die agrarische Wirtschafts- und Lebensweise speiste sich jedoch nicht ausschließlich aus der Sorge um die materielle Unabhängigkeit der US-amerikanischen Bürger. Ein nicht minder wichtiges Motiv, das den politökonomischen Präferenzen Jeffersons zugrunde lag, war der angenommene Einfluss der landwirtschaftlichen Betätigung auf Charakter und soziales Miteinander der Farmer. „In the hard, direct necessities of such agriculture“, so Daniel Kemmis treffend, „Jefferson saw the roots of a plain honesty, industry and perseverance he saw, in other words, the roots of

20 Drew R. McCoy: *The Elusive Republic. Political Economy in Jeffersonian America*. Chapel Hill 1980, S. 6. Vgl. hierzu auch: Max Edling: *Political Economy*. In: Francis Cogliano (Hrsg.): *A Companion to Thomas Jefferson*. Malden 2012, S. 439.

21 Notes on the State of Virginia (wie Anm. 14), S. 290.

22 Brief an John Adams vom 21. Januar 1812. In: *The Writings of Thomas Jefferson* (TJW). Zusammengetragen und hrsg. v. Paul Leicester Ford. Bd. 9, New York 1898, S. 333. Vgl. Brief an M. Dupont de Nemour vom 15. April 1811. In: Ebd., S. 317 f.

23 Notes on the State of Virginia (wie Anm. 14), S. 291.

those ‚civic virtues‘ upon which real citizenship depended“.<sup>24</sup> Darüber hinaus nötigte die agrarische Lebensweise den Einzelnen auch im Umgang miteinander bestimmte Verhaltensweisen ab, die den natürlichen Gerechtigkeitssinn förderten. Statt egoistischen Gewinnstrebens prämierte sie Respekt vor dem Gegenüber und Anstand. Da Jeffersons *yeoman* in erster Linie für die Bedürfnisse seiner Gemeinschaft produziert, deren integraler Bestandteil er ist, geht er nicht in der Rolle des anonymen Produzenten auf, der lediglich auf den eigenen Vorteil zielt und die Übervorteilung des Gegenübers billigend in Kauf nimmt. Vielmehr erblickt er im Tauschpartner auch immer den Bedürftigen, der mehr ist als Mittel zum Zweck für das eigene wirtschaftliche Vorankommen. „Morality, not profitability“, so Richard K. Matthews, „is the criterion for judgement“.<sup>25</sup>

Jeffersons Votum für eine agrarisch geprägte Wirtschaft, so lässt sich zusammenfassen, ergibt sich notwendigerweise aus der Befürwortung einer republikanischen Regierungsform. Weil die agrarische Lebensform wie keine andere dazu angetan sei, den natürlichen Gerechtigkeitssinn des Menschen zu fördern, wird der *yeoman* für Jefferson zum Republikaner *par excellence*, vielleicht gar zum vollkommenen Menschen. Gegenüber Industrialisierung und Monetarisierung wird er zeitlebens Vorbehalte hegen. Banken und die Finanzwirtschaft im Allgemeinen, die sein Antipode Alexander Hamilton zu fördern gedachte, um die USA auf den englischen Entwicklungspfad zu führen, lehnte er ab. Letztere befördere einen „spirit of gambling“, der den einfachen Sitten der US-amerikanischen Bürgerschaft abträglich sei. Kurz: Gemäß eines im 18. Jahrhundert äußerst populären Modells gesellschaftlicher Entwicklung taten die Vereinigten Staaten aus Jeffersons Perspektive gut daran, die nächste Stufe nicht zu erklimmen. Dort war unter anderen England angekommen – und wie korrupt das einstige Mutterland der nordamerikanischen Kolonien geworden war, das hatte man am eigenen Leib erfahren müssen.

## II.

Zwischen Jeffersons Tod und der Gründung der People’s Party, die als parteipolitische Manifestation des populistischen Protests angesehen werden muss, lagen rund 65 Jahre. 65 Jahre, in denen sich die USA entgegen der normativen Vision ihres dritten Präsidenten radikal gewandelt hatten. Aus einem agrarisch dominierten Land war ein Staat geworden, der zwar erst

24 Daniel Kemmis: *Community and the Politics of Place*. Norman 1990, S. 21.

25 Richard K. Matthews: *The Radical Politics of Thomas Jefferson. A Revisionist View*. Lawrence 1984, S. 40.

1920 zum ersten Mal als „urban nation“ geführt werden sollte, der den Pfad der Urbanisierung und Industrialisierung aber bereits gegen Ende von Jeffersons Lebenszeit eingeschlagen hatte. Einen regelrechten Schub sollte jene Entwicklung dann durch den Bürgerkrieg und die sogenannte Reconstruction in dessen Nachgang erhalten. Zwischen 1865 und dem Ende des Jahrhunderts wuchs das Schienennetz in den USA von 30.000 auf 193.000 Meilen, Investitionen im sekundären Sektor von Industrie und Gewerbe stiegen von einer auf knapp zehn Millionen US-Dollar, die Zahl der Arbeitskräfte in jenem Bereich vergrößerte sich von 1,3 auf 5,3 Millionen und der Wert der hier produzierten Güter sprang von zwei auf 13 Milliarden US-Dollar.<sup>26</sup> Im Jahr 1900 waren die USA die größte Manufakturation der Welt.<sup>27</sup>

Diese Transformationsprozesse ließen auch die Landwirtschaft nicht unberührt. Mit Jeffersons *yeoman* hatten die Farmer im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht mehr viel gemein. Marktwirtschaftliche Produktionsprozesse hatten bereits in der ersten Hälfte des Jahrhunderts eingesetzt,<sup>28</sup> verschärften sich nach Ende des Bürgerkrieges aber noch einmal. Da kreditfinanzierte Investitionen notwendig geworden waren,<sup>29</sup> musste das Hauptaugenmerk einer wachsenden Zahl landwirtschaftlicher Produzenten nunmehr auf die Absetzbarkeit der eigenen Produkte auf überregionalen Märkten gerichtet sein, nicht mehr auf die Reproduktion der eigenen Lebensgrundlagen und die Befriedigung kommunaler Bedürfnisse.<sup>30</sup> Dieser Wandel führte unter anderem dazu, dass die Farmer mit den durch horizontale und vertikale Integrationsprozesse entstehenden Großkonzernen in Berührung kamen. Zum Absatz ihrer Produkte waren sie nämlich beispielsweise auf die nationalen Transportwege und die Eisenbahnunternehmen angewiesen.<sup>31</sup>

Dass die damit verbundenen Anpassungsprozesse nicht ohne Reibungen und Verluste einhergingen, kann nicht weiter überraschen. Vorländers eingangs skizzierte These postuliert jedoch mehr. Seiner Ansicht nach waren die Farmer nicht nur mit Transformationsprozessen konfrontiert, die sie zu einem anderen Verhalten nötigten; vielmehr lehnten sie, so Vorländer, diese Prozesse rundherum ab. Ihnen ging es nicht um eine kritische Begleitung der

26 Vincent de Santis: *The Shaping of Modern America, 1877–1920*. Malden 2000, S. 1.

27 Andrew C. Baker et al.: *Capital and Labor*. In: Joseph Locke/Ben Wright (Hrsg.): *The American Yawp*. Stanford 2018.

28 Vgl. Charles G. Sellers: *The Market Revolution. Jacksonian America, 1815–1846*. Oxford 1991.

29 John D. Hicks: *The Populist Revolt. A History of the Farmer's Alliance and the People's Party*. Minneapolis 1931, S. 20.

30 Noam Maggor: *American Capitalism. From the Atlantic Economy to Domestic Industrialization*. In: Christopher McKnight Nichols/Nancy C. Unger (Hrsg.): *A Companion to the Gilded Age and Progressive Era*. Malden 2017, S. 209; Amy Louise Wood: *The South*. In: Ebd., S. 44–58, hier S. 46.

31 Richard K. White: *Railroaded. The Transcontinentals and the Making of Modern America*. New York 2011, S. 158.



an Fahrt gewinnenden Modernisierung des ehemals agrarischen Flächenstaates, sondern um die Rückabwicklung der Modernisierung. Ebenso wie vor ihm etwa Richard Hofstadter<sup>32</sup> und nach ihm Karin Priester<sup>33</sup> zeichnet Vorländer die Populisten als rückwärtsgewandte Traditionalisten, die das Rad der Zeit gern um mehrere Jahrzehnte zurückgedreht hätten. Dieser Ansicht ist zu widersprechen.

Es ist vor allem der – im Gegensatz zu den drei genannten Arbeiten – äußerst quellengesättigten Studie von Charles Postel<sup>34</sup> zu verdanken, dass die Populisten in jüngerer Vergangenheit aus einer negativ konnotierten, mutmaßlich reaktionären Zuschreibung heraustreten konnten. Wie ganz allgemein bei der US-amerikanischen Mehrheitsgesellschaft im ausgehenden 19. Jahrhundert war auch das Denken der Populisten nicht frei von rassistischen Untertönen und antisemitischen Stereotypen. Dass sie dennoch selbst auf dem Feld der Rassenfrage mitunter progressive Positionen vertraten, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass nicht selten Parteigänger der Populisten Opfer rassistisch motivierter Lynchjustiz wurden.<sup>35</sup>

Für die Infragestellung der These Vorländers ist jedoch vor allem das im engeren Sinne politökonomische Denken der Populisten in den Blick zu nehmen. Und dieses lässt sich weder umstandslos als rückwärtsgewandt noch als klassisch liberal bezeichnen. Vielmehr müssen die Populisten trotz bedeutender Unterschiede als Vorläufer des Progressivismus begriffen werden,<sup>36</sup> der in der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts kulminierte und gerade mit Blick auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie von Individuum und Gemeinschaft mit zentralen Elementen der „liberal tradition“ brach.

Die Populisten einem (proto-)sozialistischen Lager zuzuordnen, wie dies von Zeitgenossen in teils analytischer,<sup>37</sup> teils diffamierender<sup>38</sup> Absicht getan wurde, ist sicherlich verfehlt. Zwischen ihnen und dem politischen Denken führender liberaler Köpfe wie Jefferson allenfalls geringfügige Differenzen

32 Richard Hofstadter: *The Age of Reform. From Bryan to F.D.R.* New York 1955.

33 Karin Priester: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen.* Frankfurt a. M. 2007.

34 Charles Postel: *The Populist Vision.* Oxford 2007.

35 Manfred Berg: Eine wilde und unordentliche Demokratie. Wahlen und Gewalt in der amerikanischen Geschichte. In: Hubertus Buchstein/Hedwig Richter (Hrsg.): *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie.* Wiesbaden 2017, S. 123–140, hier S. 127; C. Vann Woodward: *Tom Watson. Agrarian Rebel.* Savannah 1973, S. 192.

36 Vgl. zu den Unterschieden J.M. Balkin: *Populism and Progressivism as Constitutional Categories.* In: *The Yale Law Journal* 104 (1995), 7, S. 1935–1990.

37 Etwa Frederick Emory Haynes: *The New Sectionalism.* In: George Brown Tindall (Hrsg.): *A Populist Reader. Selections from the Works of American Populist Leaders.* Gloucester 1976, S. 171–183.

38 Vgl. beispielsweise *Southern Mercury* vom 13. Juni 1895, S. 1 und *Southern Mercury* vom 4. Juni 1891, S. 7.

ausmachen zu wollen, geht jedoch ebenfalls an der historischen Wirklichkeit vorbei. So wird man zum Beispiel den für Jeffersons Denken zentralen Begriff des Anti-Etatismus bei den Populisten kaum finden können. Und auch das ihnen unterstellte Ziel einer Rückkehr zur kompetitiven Marktgesellschaft kleiner agrarischer Produzenten ist keinesfalls charakteristisch für die Bewegung.

Vielmehr war gerade den Vordenkern der Populisten mehr als klar, dass die vorindustrielle Zeit hinter ihnen lag und es fortan darum gehen musste, Industrialisierung und Urbanisierung durch Reformen zu gestalten. Besonders hinderlich auf dem Weg zu einem gerechten Miteinander waren überkommene und aus der Zeit gefallene Doktrinen, an vorderster Front das politökonomische *laissez faire*. „Institutions“, so etwa Henry D. Lloyd,

„stand or fall by their philosophy, and the main doctrine of industry since Adam Smith has been the fallacy that the self-interest of the individual was a sufficient guide to the welfare of the individual and society. Heralded as a final truth of ‚science‘ this proves to have been nothing higher than a temporary formula for a passing problem. It was a reflection in words of the policy of the day.“<sup>39</sup>

Es ging hierbei tatsächlich um den Kern der liberalen Tradition, um jene „Wertvorstellungen“, die auch Vorländer für elementar hält: „Individualismus, Eigentum und Kapitalismus“.<sup>40</sup> So hieß es in der in Lincoln ansässigen Zeitung „Farmers’ Alliance“ in aller Klarheit: „The plutocracy of to-day is the logical result of the individual freedom which we have always considered the pride of our system.“<sup>41</sup> Wenn Vorländer behauptet, dass es den Populisten lediglich um „die individuellen Chancen und Möglichkeiten des Erfolges gegen die sogenannten ‚Plutokraten‘“ gegangen sei,<sup>42</sup> dann ist dies eine Verkürzung. Es waren aus Sicht der Populisten ja gerade die individuellen Chancen, die das Aufkommen plutokratischer Strukturen begünstigt hatten. Sicher, sie wetterten gegen „class laws“ und monierten, dass die Gesetzgebung „consciously or unconsciously“ zur Situation im ausgehenden 19. Jahrhundert beigetragen habe. Gleichzeitig hatten sie jedoch ein Gespür dafür, dass das Problem eben nicht nur in einer korrumpierenden Regierungstätigkeit bestand, sondern ebenfalls als Kehrseite liberaler Freiheitsrechte begriffen werden musste: „Liberty produces wealth, and wealth des-

39 Henry D. Lloyd: *Wealth against Commonwealth*. New York 1894, S. 494.

40 Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus* (wie Anm. 2), S. 150.

41 *Farmers’ Alliance* vom 28. Februar 1891. In: Norman Pollack (Hrsg.): *The Populist Mind*. Minneapolis 1967, S. 20 f.

42 Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus* (wie Anm. 2), S. 150.

troys liberty“;<sup>43</sup> „what we call Monopoly is Business at the end of its journey“.<sup>44</sup>

Dem entspricht, dass die Populisten, anders als ihre vermeintlichen intellektuellen Ahnherren, zu denen neben Thomas Jefferson häufig die Jacksonian Democrats gezählt werden,<sup>45</sup> die Lösung der ausgemachten Probleme nicht in einer Beschneidung staatlicher Regulierungskompetenzen erblickten. Hatte es bei Jefferson und den Jacksonians noch geheißt, dass jene Regierung die beste sei, die am wenigsten regiere, so lauerte das Unheil für die Populisten an anderer Stelle. Normativ ausgezeichnet wurde nicht mehr eine möglichst zurückhaltende Regierungstätigkeit, vielmehr ging es ihnen um eine demokratisch kontrollierte Ausweitung eben dieser. „We believe“, so heißt es in einer der führenden populistischen Zeitungen,

„constitutional liberty to consist simply in an extension of the powers of government, to the securing of the prosperity of the people. Three hundred years ago, government in England meant simply a machine to preserve despotism and collect taxes. It is no more than that to-day in Russia. Our enemies would have it no more than that in America.“<sup>46</sup>

Die Populisten waren sich der traditionellen Regierungskritik, die für Jeffersons Denken noch konstitutiv gewesen war, also durchaus bewusst. Sie glaubten jedoch, anders als Jefferson und dessen Parteigänger, dass Staatstätigkeit im Sinne von Freiheit und Gemeinwohl möglich sei. Ebenso wie die Laissez-faire-Doktrin zum Zeitpunkt ihres Entstehens progressiv gewesen sein mag, so konnten Regierungen „[t]hree hundred years ago“ per se repressiv gewesen sein. Beide Glaubenssätze hatten im ausgehenden 19. Jahrhundert jedoch ihre Gültigkeit verloren.

Dies verdeutlicht auch ein Blick auf das Denken James B. Weavers, der sich 1892 für die People's Party um die US-Präsidentschaft bewarb und beachtliche 8,5 Prozent der Stimmen errang. In seiner Kritik an den plutokratischen „trusts“ werden Regierung und legislative Patronage nicht ein einziges Mal als Problem genannt. Vielmehr operierten die „trusts“ laut Weaver widerrechtlich und versuchten, sich ihrer Regulierung ein ums andere Mal zu entziehen. War die anti-monarchistische Kritik noch gegen die Günstlinge der Krone gerichtet, die sich durch Privilegienvergabe und die Schaffung geschützter Monopole Unterstützung erkaufen wollten, so drehte sich die Stoßrichtung im Denken der Populisten. Aus ihrer Sicht schaffte nicht mehr länger die Intervention von Regierungsseite „trusts“ und Monopole, sondern der

43 Lloyd: Wealth (wie Anm. 39), S. 2.

44 Ebd., S. 512.

45 So etwa bei Thomas Goebel: The Political Economy of American Populism from Jackson to the New Deal. In: Studies of American Political Development 11 (1997), 1, S. 109–148.

46 Southern Mercury vom 21. Januar 1892, S. 2.

ungezügelter Wettbewerb war dafür verantwortlich. Auf Seiten des Kapitals, so der „Progressive Farmer“, seien Bestrebungen auszumachen, „to create monopolies and suppress competition by combination“.<sup>47</sup>

Es handelte sich also vornehmlich um vollkommen unregulierte marktwirtschaftliche Konzentrationsprozesse, die als Problem ausgemacht wurden. Diese mochten in der Folge zu ungleich verteilten Chancen der politischen Einflussnahme führen, es waren aber nicht länger die Handlungen des politischen Zentrums, die den Hauptteil der Kritik auf sich zogen. Als „remedy“ schlug Weaver dementsprechend strengere Gesetze auf Bundes- und Einzelstaatsebene vor, beispielsweise eine stärkere steuerliche Belastung der Großkonzerne.<sup>48</sup>

Dies war ein kategorialer Unterschied zum Denken weiter Teile der „liberal tradition“. In deren Augen waren Staat und Regierung immer das Subjekt, welches auf das Objekt der Gesellschaft einwirkte und in dieses eingriff, um die eigene Machtposition zu festigen. Bei den Populisten wurden nun die „millionaires“, das „business“ und die „monied interests“ zu handelnden Subjekten, die auf das politische Macht- und Entscheidungszentrum zu wirken versuchten, um dieses zur Privilegienvergabe zu nötigen und es damit von seiner eigentlichen Aufgabe – der Förderung des Gemeinwohls – abzubringen.<sup>49</sup>

Auch für die Rückkehr zur kleinräumigen Agrargesellschaft traten die Populisten nicht ein. Die Realität einer pluralistischen Volkswirtschaft, in der nicht mehr allein die Farmer Werte produzierten, wurde umstandslos anerkannt. So bemerkt beispielsweise Thomas L. Nugent, ein führender Populist aus Texas:

„We are too apt to regard the farmer as the only producer. He only starts the work of production in one line. The ginner puts his cotton in the form of a bale and thus adds value to it. The ginner is a producer, too. The railroad company transports that bale to the factory and thus adds value to it. It is worth more in the form of a bale than in the farmer's cotton pen; more in the manufacturer's warehouse than in the ginner's yard. The railroad company is a producer, as is also that manufacturer converts that bale of cotton into woven cloth, for he has added immense value to it.“<sup>50</sup>

Und von Charles Macune, der ebenfalls in Texas wirkte und zu den ökonomischen Vordenkern der Bewegung zählte, sind die Worte überliefert, denen

47 The Progressive Farmer vom 10. Juni 1896, S. 2.

48 James B. Weaver: A Call to Action. An Interpretation of the Great Uprising, its Source and Causes. Des Moines 1892, S. 393.

49 W. Scott Morgan: History of the Wheel and Alliance and the Impending Revolution. St. Louis 1891, S. 560 f.

50 Thomas L. Nugent: Speech of Judge Nugent at San Marcos. In: Catharine Nugent (Hrsg.): Life Works of Thomas L. Nugent. Chicago 1896, S. 159–178, hier S. 172.

zufolge „[t]he manufacturer, the merchant, the miner, the banker, professional men, artisans, and laborers, all alike complete a productive effort in their various vocations every day“.<sup>51</sup>

Dass Manufakturwesen, abhängige Beschäftigung und die in Folge der Transportrevolution möglich gewordene räumliche Ausweitung des wirtschaftlichen Geschehens kategorisch abgelehnt worden seien, wird man angesichts solcher Aussagen schwerlich behaupten können. Sicherlich lag das Hauptaugenmerk der Populisten auf der Situation landwirtschaftlicher Produzenten, die den wesentlichen Teil der Bewegung ausmachten. Hiermit ging allerdings keine Abwertung anderer Interessengruppen einher, wie etwa mit Blick auf die geforderte Unterstützung Arbeitsloser offenbar wird. Diese zählten die Populisten zu den besonders vulnerablen gesellschaftlichen Gruppen, denen aufgrund ihrer Lage besondere Fürsorge zukommen müsse. „I say now“, so beispielsweise Lorenzo Lewelling, „it is the duty of government to protect the weak because the strong are able to protect themselves“.<sup>52</sup> Auch Frank Doster, der als bekennender Populist als Oberster Richter am Supreme Court in Kansas wirkte, bemerkte hierzu: „All government and all necessity for government which does not provide for the leveling and equalizing of the conditions which grow out of the unrestricted exercise of the natural powers of its citizens has failed in the purpose of its creation.“<sup>53</sup>

Eines der dabei ins Auge gefassten Mittel war die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die öffentliche Hand. Hinter jener Forderung stand die Überzeugung, dass es kaum dem Einzelnen angelastet werden könne, wenn auf struktureller Ebene Gewinner und Verlierer produziert würden. Aufgrund dessen sei es Aufgabe des Staates, den schuldlos Abgestiegenen beizuspringen und sie kompensatorisch zu unterstützen.

„It is cruel, it is inhuman, to attribute these conditions to laziness, drunkenness and incompetency. They are the natural product of a false and vicious system by which the few grow rich beyond all human need and the many are doomed to eternal poverty and want. One of the causes of this ‚modern condition‘ is the monopoly of machinery and other means of production [...]“.<sup>54</sup>

Damit wandten sich die Populisten gegen den zur damaligen Zeit äußerst populären Sozialdarwinismus, nach dessen Deutung Misserfolg und sozioökonomische Deprivation ausschließlich in der Verantwortung des Einzelnen lagen.

51 Weaver: A Call to Action (wie Anm. 48), S. 425 f.

52 Lorenzo D. Lewelling: Industrial Slavery. In: Norman Pollack (Hrsg.): The Populist Mind. Indianapolis 1967, S. 6.

53 Zit. nach Richard J. Ellis: American Political Cultures. Oxford 1993, S. 54.

54 The Advocate vom 11. April 1894, S. 4.

### III.

Es fällt angesichts des bisher Gesagten einigermaßen schwer, den Populisten vorzuwerfen, dass sie in der Vorstellungswelt Jeffersons verharret hätten. Weder lehnten sie die räumliche Transformation der Vereinigten Staaten ab, noch ist erkennbar, dass der ökonomische Strukturwandel weg von der agrarisch dominierten Wirtschaft als eine per se kritische Entwicklung angesehen wurde. Und auch das utopisch anmutende Vertrauen Jeffersons in die soziale Natur des Menschen findet sich bei den Populisten nur sehr bedingt wieder. Vielmehr gingen sie davon aus, dass es beständiger Regulierung bedürfe, weil die „unrestricted exercise“ menschlicher Potentiale notwendigerweise soziale Härten mit sich bringen würde. Diese im Vergleich zu Jefferson realistische Sichtweise lässt den Populisten deutlich mehr Spielraum bei der Beurteilung von Modernisierungsprozessen. Wo Jefferson sich an vermeintlich „natürlichen“ Gemeinschaften orientiert und dem Erklimmen höher gelegener Stufen gesellschaftlicher Entwicklung skeptisch gegenübersteht, wenden sich die Populisten ihrer Gegenwart vergleichsweise unvoreingenommen zu. Gerade weil diese nicht mit natürlichen Lebensweisen assoziiert wird, lässt sie sich nicht in erster Linie verdammen, sondern gestalten. Jener nicht in die Vergangenheit gerichtete Wille zur Reform zeichnet das Denken der Populisten aus, weshalb sie mit guten Gründen als Vorläufer der großen Reformprogramme angesehen werden können, die in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts in den USA verabschiedet wurden.<sup>55</sup> Im liberalen Denken der Gründungsjahre geht ihre normative Vision damit nicht auf.

Aus den vorangegangenen Ausführungen sollte deutlich geworden sein, dass ganz offensichtlich das, was gegenwärtig unter US-amerikanischem Populismus verhandelt wird, namentlich die Politik des ehemaligen Präsidenten Donald Trump, mit dem ursprünglichen Populismus in den USA kaum etwas gemein hat. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass Trump recht viel von dem repräsentiert, was der Populismus im ausgehenden 19. Jahrhundert bekämpfte. Es hat auch etwas mit dem im vorliegenden Beitrag wiederholt thematisierten Traditionalismus zu tun. Während es den Populisten darum ging, sich den zu ihrer Zeit gegebenen Bedingungen kritisch anzunehmen, sich diese demokratisch anzuverwandeln, schüren Politiker wie Trump die Sehnsucht nach längst vergangenen Zeiten. „Make America Great Again“ ist in diesem Sinne nicht lediglich eine Formel zur Wiedererlangung nationaler Größe; sie zielt mindestens ebenso sehr auf die Wiedererlangung einer Vergangenheit, in der das Land selbst ein anderes war. Statt Transformationsprozesse aktiv zu lenken, sollen diese vielmehr ungeschehen gemacht wer-

55 Vgl. zu dieser These: Elizabeth Sanders: *Roots of Reform. Farmers, Workers, and the American State, 1877–1917*. Chicago 1999.

den. Das Mittel der Wahl hierfür ist häufig Symbolpolitik, weil eine sachliche Auseinandersetzung die Unmöglichkeit des postulierten Vorhabens offenbar werden ließe. Auch diesbezüglich hebt sich der ursprüngliche Populismus von Trump ab. „Great questions“, so W. Scott Morgan, „can never be settled by men calling each other thieves and rascals. It is more like the acts of children than men. [...] It becomes us as men to look at these matters in their proper light. Not as Republicans or Democrats, but as citizens.“<sup>56</sup>

56 Morgan: History (wie Anm. 49), S. 269.

